

Hochschulrektorenkonferenz
z.Hd. Prof. Dr. Walter Rosenthal
Ahrstraße 39
53175 Bonn

Berlin, den 30.10.2025

Sehr geehrter Professor Dr. Walter Rosenthal,
sehr geehrter Vorstand der Hochschulrektor*innenkonferenz,

immer wieder wenden sich Kolleg*innen mit der Bitte um Unterstützung an uns, da ihre Hochschulen im Rahmen parlamentarischer Anfragen nicht-demokratischer Parteien aufgefordert werden, Daten über Fächer herauszugeben. In Kleinen Anfragen werden beispielsweise die persönlichen Daten (wie Name, Geschlechtszugehörigkeit oder Forschungsinteressen) von Lehrenden und Projektmitarbeitenden, die Höhe von Fördergeldern oder auch die Inhalte von Projekten abgefragt. Oft geschieht dies mit der Absicht, einzelne Personen ebenso wie ganze Disziplinen oder Forschungsrichtungen zu diskreditieren. Nicht selten betrifft dies die Gender Studies oder die Postcolonial Studies, wie jüngst im Rahmen von parlamentarischen Anfragen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Berlin deutlich wurde. Wir wenden uns daher mit der Bitte an Sie, die Hochschulleitungen für das Vorgehen und die Hintergründe der parlamentarischen Anfragen zu sensibilisieren. Gleichzeitig möchten wir Ihnen einige konkrete Vorschläge zum Umgang mit solchen parlamentarischen Anfragen darlegen, die wir als hilfreiche Handreichung für Hochschulleitungen erachten.

Fachgesellschaft Geschlechterstudien // Gender Studies Association

c/o FU Berlin | Margherita-von-Brentano-Zentrum (MvBZ) | Geschäftsstelle Gender e.V. |

Habelschwerdter Allee 45 | 14195 Berlin | E-Mail: mail@fg-gender.de | www.fg-gender.de

Auffallend ist, dass der Wissensstand der Hochschulleitungen zum Umgang mit parlamentarischen Anfragen sehr unterschiedlich ist. Die Stoßrichtung der Kleinen Anfragen durch parlamentarisch vertretene Parteien aus dem rechten Spektrum ist oft demokratiefeindlich und die Weitergabe der Daten von Forschenden daher – wenn auch unbeabsichtigt – gefährlich. Vor dem Hintergrund unserer jahrelangen Erfahrung mit parlamentarischen Anfragen möchten wir Sie bitten, in der HRK über das Vorgehen und die Hintergründe parlamentarischer Anfragen aus dem wissenschaftsfeindlichen Milieu aufzuklären und an die Fürsorgepflichten der Hochschulleitungen gegenüber ihren Mitgliedern und Angehörigen zu appellieren. Wir hoffen, dass über die Hochschulrektor*innenkonferenz ein gezielter Wissenstransfer in dieser Sache stattfinden kann, um so die Freiheit und Sicherheit von Forschenden und Fächern zu sichern und nachhaltig zu stärken.

In den letzten Jahren haben die Anfragen an Hochschulen in Quantität und Qualität eine Intensivierung erfahren. Es wird mehr und umfassendere Rechenschaft gefordert. Im Fokus stehen dabei immer wieder bestimmte Fächer, die dadurch in verschärfter Weise gezwungen werden, sich zu legitimieren. Es handelt sich bei parlamentarischen Anfragen nicht-demokratischer Parteien, wie oft herausgearbeitet wurde, um den Missbrauch von demokratischen Mitteln zur Delegitimierung bestimmter Fächer.¹ Unterstellt wird, dass Mittel verschwendet und Ideologien verbreitet würden. In den letzten Jahren wurden erhebliche Ressourcen von rechten Akteur*innen eingesetzt, um diese Anfragen zu stellen und Hintergrundrecherche zu betreiben. Ihr Duktus ist oft diffamierend und von Dekontextualisierungen geprägt. Dies ist als politische Strategie im Kontext eines öffentlichen Kommunikationsakts zu verstehen, da parlamentarische Anfragen und deren Beantwortung prinzipiell öffentlich zugänglich sind. Dabei werden nicht nur die Fächer beschädigend dargestellt, sondern auch Ressentiments gegen Landesregierungen erzeugt, die für Hochschulbildung, Forschung und Verwaltung der Hochschulen in den jeweiligen Ländern zuständig sind.

¹ Vgl. Mechthild Bereswill / Gudrun Ehlert / Anke Neuber (2021): Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung, in: Gender: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 6, 108–122. DOI: 10.25595/2099.



Anfragen aus dem wissenschaftsfeindlichen Spektrum generieren an den Hochschulen und in den Ministerien einen hohen administrativen Aufwand, der Ressourcen bindet und Unsicherheit in den Institutionen und zwischen den Akteur*innen, etwa Hochschulleitungen, Hochschulverwaltung und Wissenschaftler*innen, erzeugt. Oft mit knappen Fristen versehen, geraten Dekanate und Hochschulleitungen in Handlungsdruck, den diese oft unwissentlich und unbeabsichtigt an die betroffenen Personen weitergeben.

Wir möchten einige Vorschläge hierzu formulieren:

1. Als gute Praxis hat sich bewährt, so wenig Daten wie möglich, vor allem solche, die Personen betreffen, herauszugeben: **Datensparsamkeit** sollte das oberste Gebot sein. Statt Daten mit hohem Aufwand zusammenzutragen, kann sich darauf berufen werden, dass zu einem Sachverhalt in der vorliegenden angefragten Form keine Daten existieren. Ein Beispiel für eine gute Strategie bietet der Umgang mit der jüngsten Anfrage an den Berliner Senat: Hier findet sich eine klare Beantwortung der Fragen, die allerdings auf andere Quellen verweist bzw. präzise markiert, dass die angefragten Daten nicht erhoben werden („über die Mittelvergabe entscheidet die jeweilige Hochschule auf Basis ihrer grundgesetzlich gesicherten Wissenschaftsfreiheit“).² Die Markierung der Verbreitung und Verankerung von Gender Studies – im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrats – zu betonen, kann darüber hinaus eine Vereinzelung und herausgehobene Stellung im Forschungs- und Lehrbetrieb gegenüber Dritten verhindern.
2. Wir regen an, dass **Lösungen gemeinsam mit den betroffenen Wissenschaftler*innen und mit Expert*innen gefunden werden** und in keinem Fall Daten herausgegeben werden, ohne die Betroffenen miteinzubeziehen. Gerne können Sie auch auf die Möglichkeit kollegialer Beratung verweisen, die wir vermitteln können.

² <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-23606.pdf>



3. Die Universitäten haben eine **Fürsorgepflicht** gegenüber ihren Mitgliedern und Angehörigen. Im Kontext von Angriffen auf Wissenschaftler*innen ist auf die ILO-Konvention Nr. 190 hinzuweisen, mit der sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat, Beschäftigte und Studierende wirksam vor Belästigung, Diskriminierung und Gewalt zu schützen. Hochschulen tragen als Teil des öffentlichen Dienstes eine besondere Verantwortung, diesen Schutz durch bestehende Regelwerke wie Haus- und Disziplinarordnungen konsequent wahrzunehmen und aktiv umzusetzen. Insbesondere in Zeiten der gestiegenen ad hominem Angriffe auf Forschende gilt es hier vorausschauend zu agieren. Dekanate und Hochschulleitungen sollten nicht erst abwarten, bis eine Anfrage eintrifft. Bereiten Sie die Hochschulleitungen darauf vor, sich darauf einzustellen und weisen Sie zudem darauf hin, dass Akteur*innen, die sich der Abschaffung von Fächern verschrieben haben, mit den Daten möglicherweise großen Schaden anrichten können.
4. Es sollte immer wieder auf Artikel 5 Absatz 3 Satz 1 GG verwiesen werden: „Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Eine konkrete Formulierung zu **Wissenschaftsfreiheit** könnte daher z.B. lauten: „Grundsätzlich orientiert sich die Bereitstellung von Mitteln nicht an Forschungsinhalten, da diese entsprechend dem Art. 5 Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland der Wissenschaftsfreiheit unterliegen. Entsprechend liegen weder der für Hochschulen zuständigen Senatsverwaltung noch den Hochschulen abschließende Daten darüber vor, welcher Forschungsschwerpunkt gesetzt oder welcher wissenschaftliche Teilaspekt von wissenschaftlichem Hochschulpersonal erforscht oder in Forschung und Lehre berücksichtigt wird.“
5. Nicht zuletzt möchten wir Sie bitten, für **Solidarität und Unterstützung** bei Angriffen gegen einzelne Forschende und Fächern zu werben – im Sinne eines gemeinsamen Eintretens für Wissenschaftsfreiheit aller Forschender und Disziplinen, die unmittelbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verbunden ist.



Wichtig ist es uns zu betonen, dass wir selbstverständlich in keiner Weise das Mittel der parlamentarischen Anfrage insgesamt kritisieren, sondern deren Missbrauch im Rahmen von unsachlichen Kampagnen gegen Wissenschaftler*innen und ausgewählte Fächer. Wir möchten vielmehr dafür sensibilisieren, dass dieses demokratische Instrument genutzt wird, um Forschende einzuschüchtern, Daten zu gewinnen und in der Öffentlichkeit Kampagnen zu lancieren, in denen Mittelaufwendungen skandalisiert werden.³ Zahlreiche Forschende und Hochschulangehörige, die hinter dem Ihnen hier vorliegenden kollegialen Schreiben an Sie stehen, sind von Kampagnen gegen sie und ihre Arbeit sowie von parlamentarischen Anfragen nicht-demokratischer Parteien betroffen. Hinzu kommt, dass es sich bei der missbräuchlichen Politisierung parlamentarischer Anfragen um einen direkten Angriff gegen die Wissenschaftsfreiheit handelt, wenn die Anfrage in erster Linie auf eine Delegitimierung bestimmter Forschungen oder gar ganzer Fächer wie die Gender oder Postcolonial Studies zielt.

Wir bedanken uns bei Ihnen für Ihren Einsatz für Wissenschaftsfreiheit und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit in dieser Sache. Wir stehen für Fragen und Beratungen sehr gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen



Fachgesellschaft Geschlechterstudien/Gender Studies Association (Gender e.V.)

³ Die Kapaz Studie hat hierzu ein Lagebild erstellt <https://www.hiig.de/project/wissenschaftsfeindlichkeit-kapaz/>



DeKolonial

Fachgesellschaft für rassistuskritische, postkoloniale und dekoloniale Theorie und Praxis (FG DeKolonial e.V.)



**Sektion Frauen- und
Geschlechterforschung in der
Deutschen Gesellschaft für Soziologie**

Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)

bukof

Bundeskonzferenz der Frauen-
und Gleichstellungsbeauftragten
an Hochschulen e.V.

Bundeskonzferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V.
(bukof)



LAGEN

Andrea Bührmann (Sprecher*in der Landesarbeitsgemeinschaft der Einrichtungen der Frauen- und Geschlechterforschung Niedersachsen (LAGEN))

**Netzwerk Frauen- und
Geschlechterforschung NRW**



Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW



a / f /
g /
berlin /

Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen
Berliner Hochschulen (afg)

MajaC

MARIE JAHODA CENTER
FOR INTERNATIONAL GENDER STUDIES

Marie Jahoda Center for International Gender Studies [MaJaC]

RfM | RAT
FÜR
MIGRATION

Rat für Migration

 NETZWERK
ANTIDISKRIMINIERUNG
AN HOCHSCHULEN

Netzwerk Antidiskriminierung an Hochschulen

Netzwerk
Diversity an Hochschulen

Netzwerk Diversity an Hochschulen

und

Initiative Gender Studies und Wissenschaftsfreiheit

